

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Bischoff/Radke/Troost:
Aufschub? Durchbruch?



Michael Wendt:
Das SPD-Impulspapier



Otto König/Richard Detje:
Jugendarbeitslosigkeit

Eberhard Fehrmann:
Lagerbildung im DGB

Forum
Gewerkschaften

Klaus Wernecke:
Bismarcks Reichsgründung



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Aufklärung soll verhindert werden



Mit der Entlassung des Generalbundesanwalts will die Bundesregierung Entschlossenheit demonstrieren. Plötzlich – nachdem die deutsche Exekutive und Judikative seit zwei Jahren in der NSA-Affäre – Edward Snowden hatte deren weltweiten Überwachungspraktiken aufgedeckt – abgetaucht war und auch ein damit befasster Untersuchungsausschuss das Schattenreich erfolglos blieb. ...

Erdogans Krieg



In der Türkei hat sich der kurdische Frühling in einen hasserfüllten nationalistischen Sommer verwandelt. Allen Provokationen zum Trotz überwand die »Demokratische Partei der Völker« (HDP) die Sperrhürde, errang gar 13,2% und damit 80 Sitze im Parlament. Die regierende islamisch-konservative AKP verlor die Mehrheit. ...

Kampf um den 8-Stunden-Tag



Kämpfe um Zeit begleiten die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung. Immer wieder stand dabei die Dauer des Arbeitstages im Fokus hart geführter Auseinandersetzungen. ...

Welt in Unordnung

Egon Bahr (1922-2015): Kooperation statt Konfrontation	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Das Zeitalter der Massenvertreibungen Hintergründe der aktuellen Flüchtlingsbewegungen	6
Murat Çakır: Die türkische Vielfachkrise ... und das gefährliche Drehen an der Eskalationsschraube	14
Uli Cremer: NATO jetzt mit »Superschneller Flitsmacht«	19

Soziale Kämpfe in Griechenland und Europa

Joachim Bischoff/Björn Radke/Axel Troost: Aufschub oder Durchbruch? Eine vorläufige Bilanz der griechischen Krise	24
Joachim Bischoff: Time for Change? Yanis Varoufakis' Versuche, Überschüsse zu recyceln	31
Steffen Lehnendorff: Nach dem Platzen der Hoffnungen. Die Debatte über den zweiten Schritt vor dem ersten	35

Sozialdemokratie – optimistischer Selbstbetrug?

Michael Wendt: Im Rausch der Mythen Das Impulspapier des SPD-Präsidiums	40
--	----

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Jugendarbeitslosigkeit: Bedrohung der Demokratie Förderprogramme sind Brücken zur Beschäftigung, kein Ersatz für die Schaffung neuer Arbeitsplätze	45
Eberhard Fehrmann: Auf der Suche nach der verlorenen Einheit Hintergründe der Lagerbildung im DGB	48

Militaristen und Internationalisten in der Geschichte

Klaus Wernecke: Moderne deutsche Hegemonialkriege. Ein Rückblick auf Otto von Bismarck und den Weg zur »Reichsgründung«	55
Mario Keßler: »Für Freiheit, Völkerverbrüderung, Sozialismus« Zum 100. Jahrestag der Zimmerwalder Konferenz	62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	5
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Taxi Teheran (Filmkritik)	69

Supplement

Thomas Eilt Goes

In Bewegung!

Gewerkschaften zwischen Defensive und Erneuerung

Nach dem Platzen der Hoffnungen

Die Debatte über den zweiten Schritt vor dem ersten

von | Steffen Lehndorff

Mit dem Beschluss des Brüsseler Gipfels vom 12./13. Juli ist Griechenland bis auf weiteres zu einem Protektorat innerhalb der EU gemacht worden. Die deutsche Regierung habe sich, so Jürgen Habermas, als »oberster Zuchtmeister Europas offenbart«, und Joschka Fischer erblickt in dem Ergebnis die »fatale Entscheidung für ein deutsches Europa«.¹ Sichtbar geworden ist zugleich, dass es um Deutschland herum einen großen harten Kern neoliberaler Regierungen gibt, die einander wechselseitig bestärken. Die Haarrisse, die in der Schlussphase sichtbar wurden, betrafen die Einschätzung der – vor allem politischen – Wirkungen eines Grexit, nicht jedoch die Essentials des Euro-Regimes: Schuldenabbau mittels zerstörerischer Austeritätspolitik und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch »Strukturreformen« zur Deregulierung von Arbeits- und Gütermärkten.

Deren Durchsetzung aber hat sich als unvereinbar mit der Demokratie in einem Mitgliedsland erwiesen, dessen Bevölkerung sich mehrheitlich gegen die Unterwerfung unter diese »Regeln« ausgesprochen hat.

Diese ernüchternde Erfahrung hat auf der Linken im In- und Ausland eine neue Diskussion über ihre grundsätzliche Haltung zu den EU-Institutionen ausgelöst: »Viele europäische Linke verabschieden sich von einer unbedingten Unterstützung der Europäischen Union im Allgemeinen und des Euro-Systems im Besonderen und erwägen stattdessen deren Um- und Rückbau.«² Der Meinungs austausch – sieht man einmal vom Rand-

Steffen Lehndorff forscht am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Gemeinsam mit Hans-Jürgen Urban verantwortet er die Internetseite www.europa-neu-begrunden.de. Er hat zuletzt 2014 im VSA: Verlag den Band »Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien« herausgegeben.

¹ Diese und weitere Kommentare sind auf www.europa-neu-begrunden.de dokumentiert.

² Andreas Nölke: Für ein anderes Europa außerhalb des Euro? Die europäische Linke nach der Griechenlandkrise, Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2015. Neben diesem Beitrag beziehe ich mich im Folgenden explizit oder implizit auf Diskussionsbeiträge von Thomas Sablowski (Die Etappenschlappe, Junge Welt, 18.7.2015), Peter Wahl (Griechenland: Aus der Niederlage lernen – Plan B vorbereiten, Informationsbrief Weltwirt-



Demonstration in Athen gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer (Foto: dpa)

phänomen des Syriza-Bashing ab — ist ungewöhnlich offen. Er leidet aber nach meinem Eindruck bislang darunter, dass zum Teil Fragen diskutiert werden, die sich praktisch erst noch stellen müssten.

1. Die Mühen der Tiefebenen

Unbestritten ist, dass es in dem Konflikt über Griechenland nie allein um Griechenland ging. Mit dem Regierungswechsel seit Ende Januar bot sich die erste konkrete Chance, dem seit 2010 auf EU-Ebene institutionalisierten autoritären Austeritäts- und Deregulierungsregime (ich nenne es hier der Einfachheit halber »Euro-Regime«) zumindest einen Knacks zu geben. Eine Lockerung an einer Stelle hätte Raum geschaffen für Auseinandersetzungen über weitergehende soziale und demokratische Reformen in anderen Ländern.

Genau dies wollten die Eliten verhindern, und dies ist ihnen einstweilen gelungen. Allerdings sind dabei die Auseinandersetzungen um die Zukunft Europas so öffentlich geworden wie noch nie. Und diese Auseinandersetzungen haben erst begonnen. Linke nicht nur in Griechenland müssen sich nach den zurückliegenden aufregenden Monaten nun wieder auf die Mühen der Tiefebenen einstellen.

Durch die der griechischen Regierung aufgezwungene Zustimmung zu den Bedingungen eines dritten Memorandums ist eine neuartige Gemengelage entstanden. Auf der einen Seite wird Griechenland in eine Verlängerung der Krise und eine Vergrößerung der damit einhergehenden Flurschäden (insbesondere durch die Verschleuderung öffentlichen Eigentums) getrieben. Andererseits werden die Türen geöffnet für die Realisierung von zwei Chancen: Einer längerfristigen Umstrukturierung der Staatsschulden und des Beginns eines mit EU-Mitteln finanzierten Investitionsprogramms. Wenn diese Möglichkeiten tatsächlich genutzt werden können, ergibt sich auch mehr zeitlicher Spielraum, der für die Durchführung institutioneller Mammut-

Reformen (wie den Aufbau einer funktionsfähigen Steuerverwaltung) dringend erforderlich ist.

Die negativen Wirkungen werden wohl schneller eintreten als die möglichen positiven. Auch sind in der Umsetzung des neuen Memorandums zahlreiche Konflikte über die Radikalität zu erwarten, mit der das Euro-Regime exekutiert werden soll — nicht zuletzt deshalb, weil die Auszahlung der Tranchen vom Ergebnis der laufenden Evaluierung abhängt. Damit bleiben die Entwicklung in Griechenland und die Zukunft des Euro-Regimes weiterhin miteinander verknüpft, wenn auch wohl zunächst nicht mehr in so zugespitzter Weise wie im ersten Halbjahr 2015. Die Bekräftigung der »Regeln, die zu befolgen sind«, hat zur Folge, dass alle Grundsatzprobleme der Währungsunion ungelöst bleiben. Die dadurch ausgelösten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konflikte werden immer wieder aufflackern. Die Wahlen in Spanien am Ende dieses Jahres (und möglicherweise auch die in Portugal) können dieses Aufflackern für die Eliten politisch wieder etwas brenzlicher machen.

Da eine Überwindung der Konstruktions- und Politikfehler der Eurozone beim derzeitigen politischen Kräfteverhältnis nicht zu erwarten ist, ist auch ein erneuter Großkonflikt mittelfristig nicht auszuschließen. Die nächste zyklische oder Finanzkrise kann das gesamte Gebäude ähnlich stark erschüttern wie in den Jahren seit 2010. Anders als zu Beginn des Jahrzehnts wird die EZB dann zwar flexibler reagieren, aber die nächsten Kandidaten für Rettungsschirme sind möglicherweise wesentlich größer als Griechenland — und vielleicht sogar zu groß für jeden Rettungsschirm. Da bis dahin in einigen Ländern die Flurschäden der jetzigen Krise selbst bei stärkerem Wachstum nicht überwunden sein werden und — entgegen allen Erfolgsmeldungen, dass »die Reformen Früchte tragen« — keines der grundlegenden Probleme, die diese Länder in die jetzige Krise geführt haben, bislang angepackt wurde (vgl. dazu die Analysen von Annamaria Simonazzi zu Italien und Josep Banyuls/Albert Recio zu Spanien),³ sind dann eher noch größere soziale



»People of Greece« von flickr/Giacomo Gasperini, ©

Verwerfungen zu befürchten. Die fortschrittlichen Kräfte stehen bis dahin vor der Herausforderung, den *tatsächlich vorhandenen Reformbedarf und überzeugende Reformstrategien für ihre jeweiligen Länder* ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Diese Aufgabe kann ihnen niemand im Ausland abnehmen, aber die Solidaritätsbewegungen im Ausland werden durch klare Reformalternativen begünstigt. Das war bereits in den zurückliegenden Monaten zu beobachten, in denen ein eigener wirtschaftlicher Aufbauplan der griechischen Regierung wirksamere Ansatzpunkte für öffentliche politische Auseinandersetzungen geboten hätte. Die Verbreiterung der europäischen Solidaritätsbewegung vor allem in die Gewerkschaften hinein⁴ wäre dadurch leichter geworden (auch wenn dies zunächst nur wenig an der Isolation der griechischen Regierung auf europäischer Regierungsebene und der dadurch ermöglichten Unterwerfungspolitik der europäischen Eliten hätte ändern können). In diesem Zusammenhang ist auch die Erfahrung wichtig, dass die Fokussierung auf das Problem der Staatsschulden kontraproduktiv ist: Sie lässt die Grenzen zum herrschenden Diskurs verschwimmen, der ja seit dem Fiasko von 2008 neoliberale Politik nur noch damit rechtfertigen kann, dass die Staatsschulden die Wurzel aller wirtschaftlichen Übel seien. Wenn schon die Londoner Schuldenkonferenz als Vorbild für die Bereinigung heutiger Schuldenprobleme dargestellt wird, dann sollte auch berücksichtigt werden, wo die Prioritäten vor 1953 lagen: Zuerst kamen die Impulse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Hilfe des Marshallplans und dann erst die Regelung der Schuldenfrage.

Je konsequenter die Linke sich in die Mühen der Tiefenbenen im nationalen Rahmen begibt, desto rascher werden die daraus entstehenden Konflikte auch wieder Europa erreichen.

2. Linke Europapolitik jenseits einer pro-europäischen und einer nationalistischen Rechten

»Die Konflikte rund um den Grexit zeigen, auf welch brüchigem Fundament die Währungsunion steht« (Handelsblatt, 3.8.2015). Deshalb hat auch unter den Eliten die Diskussion über eine Reform der Eurozone wieder an Fahrt aufgenommen — und zwar über eine »Reform« von oben.

Zum einen zeichnet sich eine autoritäre Variante ab, die z.B. ein Euro-Finanzministerium mit Durchgriffsmöglichkeiten in die Budget-Rechte der nationalen Parlamente für notwendig hält, um »die Regeln« durchzusetzen. Bei Bundesfinanzminister Schäuble zielt diese Vorstellung erkennbar auf die von ihm schon seit längerem für wünschenswert gehaltene Herausbildung eines »Kern-Europa« ab. Da dies als kurzfristig nicht realisierbar gilt, werden — wie zuletzt vom Sachverständigenrat — Vorschläge wie eine Insolvenzordnung für Euro-Mitgliedsländer ins Spiel gebracht, mit deren Hilfe man sich lästiger Problemfälle leichter entledigen könnte.

Daneben gibt es gemäßigt-liberale und sozialdemokratische Varianten, die z.B. ein Euro-Finanzministerium mit einer eigenen Steuerbasis ausstatten möchten, Überlegungen zu einem gemeinsamen Schulden-Management der Euro-Mitgliedstaaten ins Spiel bringen oder sogar über ein gesondertes Euro-Parlament nachdenken. Die Grenzen zwischen den verschiedenen An-

sätzen sind fließend, die Linien sind teilweise verschlungen, und es ist viel Taktiererei im Spiel. Bislang zeichnet sich vor allem ab, dass institutionelle Veränderungen nur mit größter Vorsicht angegangen werden. Frankreichs Finanzminister Michel Sapin bringt die Herangehensweise der pro-europäischen Eliten im Gespräch mit dem »Handelsblatt« (3.8.2015) so auf den Punkt: »Wenn wir heute versuchen würden, eine institutionelle oder Verfassungsdebatte zu führen, würden wir scheitern. Unsere Völker sind noch traumatisiert von der Krise und nehmen Europa eher negativ wahr. Dabei hat nicht Europa Schuld, sondern verschiedene Länder sind schuld. In dieser Lage Kompetenzen auf die EU zu übertragen, bedeutet in den meisten Ländern ein unkalkulierbares Risiko.«

Mit diesen Formulierungen wird auch die größte kurzfristige politische Herausforderung für diesen Teil der Eliten angedeutet: Während aus ihrer Sicht das brüchige Fundament der Währungsunion eine Fortsetzung des 2010 eingeschlagenen Zentralisierungskurses erfordern würde, werden sie vor allem mit Blick auf das Referendum in Großbritannien Zugeständnisse an den stärker werdenden rechten Nationalismus machen. Da es hier um einen Konflikt zwischen zwei Varianten neoliberaler Strategie geht, sollten sich linke Integrationskritiker nicht allzu viel von den zu erwartenden Kompromissen erhoffen.

Realistischerweise muss die jetzt neu aufflammende linke Diskussion über »mehr oder weniger Integration« stets die machtpolitisch relevante Hauptkonfliktlinie zwischen autoritärer Integration und nationalistischem Egoismus im Blick behalten. In keinem Moment sollten sich Linke in das eine oder andere Fahrwasser begeben (etwa mit dem an die Bundesregierung gerichteten Vorwurf einer »Insolvenzverschleppung«). Linke Europapolitik kann bis auf weiteres nur ein »dritter Weg« jenseits der miteinander konkurrierenden Strategien der Eliten sein.

Aus diesem Grund halte ich Mario Candeias' Anregung für sinnvoll, in der Europa-Politik über »einige wenige Mindestforderungen« nachzudenken, die europaweit kampagnenfähig gemacht werden können (www.neues-deutschland.de/rubrik/debatte). Das ist aber etwas anderes als die von ihm (ähnlich wie von Thomas Sablowski und anderen) zugleich unterstützte Überlegung, »ob bestimmte Kompetenzen von der europäischen auf andere Ebenen »zurück« gegeben werden« sollten. Aus dem ersten folgt nicht notwendig das zweite. Wer — so sehe ich es — europapolitische Reformen von links fördern möchte, darf sich nicht in eine auf Institutionen fixierte Diskussion begeben.

Die Fokussierung auf Institutionen ist genau das, was den herrschenden Diskurs kennzeichnet. Vom sozialen Inhalt der Politik in der Eurozone wird dort grundsätzlich abstrahiert. Eine

schaft & Entwicklung, 13.7.2015) sowie auf verschiedene Beiträge zu der von Thomas Sablowski, Janine Wissler/Nicole Gohlke und anderen ausgelösten Diskussion auf www.neues-deutschland.de/rubrik/debatte.

³ Annamaria Simonazzi: Chronik einer angekündigten Krise — Italien und Europa; Josep Banyuls/Albert Recio: Eine Krise in der Krise — Spanien unter dem Regime eines konservativen Neoliberalismus, beide in: Steffen Lehndorff (Hrsg.), Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa — revisited, Hamburg 2014.

⁴ Es muss zu denken geben, dass es eine von allen Gewerkschaftsführungen getragene Erklärung wie »Griechenland keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa« (s.o. Anmerkung 1) nur in Deutschland gab (abgesehen von einem ähnlichen, später gefassten Beschluss des Europäischen Gewerkschaftsbundes), und dass auch in Deutschland dieser Aufruf die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder nicht erreichte.

Reform der europäischen Institutionen ohne Reform der politischen Inhalte bringt jedoch keinen Fortschritt. Deshalb können auch gut gemeinte Vorschläge zu institutionellen Reformen mühelos in diese Herangehensweise integriert werden, sofern sie nicht im Ansatz bereits der bisherigen Logik der Währungsunion zuwiderlaufen⁵ – was ihre Durchsetzbarkeit jedoch wiederum in weite Ferne rückt. In dieser Zwickmühle bietet sich die Forderung nach Wiedereinführung eines Systems flexibler Wechselkurse als Befreiungsschlag an.

3. Veränderbare Wechselkurse – ein linkes Projekt?

Es ist völlig nachvollziehbar, wenn linke Integrations-Kritiker befürchten, dass linke Integrations-Befürworter dem weiteren Ausbau der EU und ihrer Währungsunion zu einem autoritär-neoliberalen Regime ungewollt Vorschub leisten. Wer jedoch das jetzt verhängte Protektorat über Griechenland als den letzten noch zu erbringenden Beweis dafür betrachtet, dass die gegenwärtige Konstruktion der Währungsunion und der EU nicht veränderbar sei, landet früher oder später bei der brillant begründeten, aber resignierenden Schlussfolgerung von Wolfgang Streeck,⁶ dass »konstruktive Opposition unmöglich« sei: »Viel mehr, als Sand in das Getriebe des kapitalistischen Austeritätskurses und -diskurses zu streuen, bleibt der Opposition gegen den Konsolidierungsstaat gegenwärtig nicht.«

Wer einen Ausweg aus dieser rein defensiven, wahrlich nicht begeisternden Perspektive sucht, dem bietet sich der Ausstieg aus dem Euro als rettender Strohalm an. Weil Griechenland das erste Land innerhalb der Europäischen Währungsunion ist, in dem sich diese Frage praktisch stellt, hat diese ja schon ältere Diskussion einen Realitätsbezug gewonnen, den sie bisher nicht hatte. Dass innerhalb von Syriza über den Grexit eine Kontroverse ausgebrochen ist, ist naheliegend. Nun gibt es schwerwiegende wirtschaftliche Argumente, die auch aus linker Sicht gegen einen Grexit sprechen.⁷ Griechenland gehört wegen seiner schwachen Wirtschaftsbasis wahrscheinlich zu den Ländern, für die ein Ausstieg aus dem Euro besonders riskant ist, und vergleichsweise geringe Vorteile für den Versuch einer nicht-neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik bringen würde. Hinzu kommt das politische Problem, dass es für einen derartigen Schritt keine Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Die griechische Regierung ist deshalb vor diesem Sprung ins Ungeisse zurückgeschreckt.

In der linken Exit-Debatte ist Griechenland jedoch lediglich der Anlass für die viel grundsätzlichere Diskussion über die Möglichkeit fortschrittlicher Politik im eisernen Käfig der EU-Institutionen. Wirtschaftlicher Dreh- und Angelpunkt dabei ist die Rückkehr zu freien oder zumindest veränderbaren Wechselkursen (im Rahmen eines neuen Währungssystems, das den Vorläufern der jetzigen Währungsunion nicht unähnlich ist, zu dessen konkreter Ausgestaltung aber verschiedene Vorschläge kursieren).⁸ Dahinter steckt der wichtige, in letzter Instanz ausschlaggebende Gedanke, dass eine demokratisch basierte Angleichung der nominalen Lohnstückkostenentwicklungen und der Inflationsraten als Voraussetzung einer funktionierenden Währungsunion völlig unrealistisch sei. Mit einer Rückabwick-

lung des Euro wird die Hoffnung auf die Wiedergewinnung demokratischen und wirtschafts- und sozialpolitischen Gestaltungsspielraums auf nationaler Ebene verbunden.

Ich möchte an dieser Stelle nur auf zwei Probleme in diesem Argumentationsmuster hinweisen. Erstens basiert es auf wirtschaftlichen Modellvorstellungen, die durchaus diskussionswürdig sind: Dies gilt insbesondere für die Verabsolutierung der preislichen gegenüber der produktbasierten Wettbewerbsfähigkeit sowie für die implizite Ausklammerung der Verteilungsfrage – letztlich wird auch hier im Geist der Neoklassik oder auch der neoklassischen Synthese vom Bild einer »funktionierenden«, unter zu gewährenden Voraussetzungen zum Gleichgewicht tendierenden Wirtschaft ausgegangen. Für besonders problematisch aber halte ich die Vorstellung, dass in der Weltwirtschaft von heute einzelne Staaten im Alleingang die Chance hätten, eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, ohne von den Akteuren auf den Finanzmärkten abgestraft zu werden. Für wirtschaftliche Großmächte mag dies möglich sein, für die übergroße Mehrzahl der europäischen Länder aber sicherlich nicht. Aus gutem Grund wollen die Eliten die »Aufsichtsfunktion« der Finanzmärkte über die Haushaltspolitik von Nationalstaaten auch innerhalb der Euro-Zone unbedingt aufrecht erhalten: Die Auflagen, unter denen Rettungsschirme gewährt werden, bis hin zum Protektorat über Griechenland, dienen ja vor allem dazu, die betreffenden Staaten so schnell wie möglich wieder unter die Aufsicht der Finanzmärkte entlassen zu können.

Der Euro ist nicht der Ursprung dieser zerstörerischen Politik, sondern in seiner gegenwärtigen Konstruktion ein ihr dienender und sie verstärkender Mechanismus. Freie Wechselkurse sind ebenso wenig ein linkes Projekt wie der Euro. In einer linken Perspektive ist die Währungsunion ebenso wie jedes andere Währungssystem eine real existierende Ausgangs- oder Rahmenbedingung für fortschrittliche Politik, nicht mehr und auch nicht weniger. Die einzig relevante Frage ist deshalb, ob die eine oder die andere Währungsordnung fortschrittliche Politik *erleichtern* würde. Ich betone: *würde* – denn in keinem europäischen Land außer in Griechenland hat sich bislang diese Frage *praktisch* gestellt. Sie ins Zentrum einer linken Strategie-debatte zu stellen, bedeutet, sich die Köpfe heiß zu reden über den zweiten Schritt anstelle des ersten.

Fortschrittliche Reformbewegungen müssen in mehr Ländern als Griechenland erst einmal so stark werden, dass sich die Frage »Euro ja oder nein« praktisch stellt. Bis dieser Fall eintritt, ist die linke Exit-Debatte nichts anderes als eine erleichternde Flucht aus der Realität.

Vergessen wir nicht: Lange vor dem Euro und vor der Konstitutionalisierung des Neoliberalismus in der EU gab es bereits einen Versuch, in einem europäischen Land – nämlich in Frankreich zu Beginn der Mitterrand-Präsidentschaft Anfang der 1980er Jahre – einen alternativen Entwicklungsweg zum Neoliberalismus zu suchen. Dieses bis 2015 einzige derartige Experiment wurde schnell abgebrochen. Die Regierung kapitulierte vor der Kapitalflucht und dem bereits damals erreichten Ausmaß der Globalisierung. Seitdem ist die wirtschaftliche, soziale und ökologische Neuorientierung im nationalstaatlichen Rahmen eher noch schwerer durchsetzbar geworden. Ich



Auf dem Schillerplatz in Stuttgart, 3.7.2015 (Foto: dpa)

stimme deshalb Alexander Recht, Jörg Schindler und Torsten Weil (www.neues-deutschland.de/rubrik/debatte) zu, dass es »für die Linke gar nicht mehr um die Frage des ›Ob‹ der europäischen Integration, sondern um die Frage des ›Wie‹ gehen« könne: »Aus den kritisierten Verhältnissen kann man nicht aussteigen, sondern wir müssen in sie eingreifen, um sie zu ändern.« Die Autoren nennen dies eine »vertiefte Integration, aber mit einer anderen Grundrichtung«.

Ist das angesichts des Einstimmigkeitsprinzips und anderer Hürden auf EU-Ebene ein Hirngespinnst? Selbst Deutschland, der Wirtschaftsriese Europas, benötigte eine europäische Steuer-Harmonisierung, sobald eine Bundesregierung den Mut aufbrächte, hohe Einkommen und Kapitaleinkünfte so zu besteuern, dass damit eine zukunftsfähige öffentliche Daseinsvorsorge finanzierbar wird. Wer EU-Institutionen für nicht reformierbar hält, muss sich wohl oder übel dem »Realismus« beugen, von dem sich der aktuelle Kurs der Grünen und der SPD in der Steuerpolitik leiten lässt.

4. Der Schlüssel liegt in Deutschland

Auch in der EU und in Euro-Land gilt: Die elementaren Hürden für die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Missstände sind zunächst stets im Rahmen der Nationalstaaten zu überwinden. Griechenland ist das erste Beispiel dafür, dass dem

Versuch, in einem Mitgliedsland der EU (und mehr noch des Euro) einen nicht-neoliberalen Entwicklungsweg einzuschlagen, auf europäischer Ebene *zusätzliche* Hürden entgegen gestellt werden. Durch diese Erfahrung wissen wir aber auch, dass es ohne das Erstarken der Linken innerhalb einer größeren Anzahl gewichtiger Mitgliedsländer nicht zu den Konflikten kommen kann, die erforderlich sind, um die Konstitutionalisierung des Neoliberalismus in der EU ernsthaft infrage zu stellen oder gar zu überwinden.

Erst wenn, wie Peter Wahl schreibt, eine »kritische Masse« derartiger Bemühungen erreicht ist, können die Blockaden auf EU-Ebene aufgebrochen werden. Was das – und dies sehe ich anders als er – über die Reformierbarkeit der bestehenden Verträge und Institutionen aussagt, können wir heute noch nicht wissen. Die Erfahrung mit bisherigen Vertragsreformen zeigt, dass alles eine Frage des wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses ist und die Verträge gewöhnlich der Praxis und den in ihr dominierenden Interessen folgen. So ist zum Beispiel nicht auszuschließen, dass die Währungsunion in ihrer gegenwärtigen neoliberalen Fehlkonstruktion an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht. Möglich ist aber auch, dass sie ironischerweise nur überleben wird, wenn starker Druck aus einer »kritischen Masse« von Mitgliedsländern, getragen von großer Konfliktbereitschaft und -fähigkeit bis hin zu permanenten Vertragsverletzungen, Schritt für Schritt die demokratische und soziale Reform dieser und anderer europäischer Institutionen erzwingt.

All dies ist Zukunftsmusik. Einigermaßen sicher ist bislang nur, dass der Schlüssel für Reformen, mit denen die Tür zu einem anderen Europa geöffnet wird, in Deutschland liegt. Und ebenso sicher wird die deutsche Linke allein, aus eigener Kraft, diesen Schlüssel nicht drehen, diese Tür nicht öffnen können. Anstöße aus anderen Ländern müssen hierzulande wirkungsvoller aufgegriffen werden, als es bisher im Konflikt über Griechenland gelungen ist.

Die große Frage, vor der wir stehen, lautet deshalb, wie Europapolitik zum Teil der Innenpolitik gemacht werden kann. Wie kann die – wie es Alban Werner (www.neues-deutschland.de/rubrik/debatte) formuliert – »hegemoniale Ignoranz« in Deutschland zurückgedrängt werden? Wie gelingt es zum Beispiel, eine wahrhaft pro-europäische Gegenöffentlichkeit gegen den Papageien-Journalismus in Deutschland aufzubauen?

Derartige Fragen hätten in einer linken Strategiedebatte mehr Aufmerksamkeit verdient. Wohin der zweite Schritt führen kann, wissen wir erst, wenn wir den ersten gegangen sind.

⁵ Dies gilt z.B. für Reformkonzepte wie die der EuroMemo-Gruppe (Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2015) oder von Axel Troost/Lisa Paus (2011): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Denkanstöße des Instituts Solidarische Moderne Nr. 13.

⁶ Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin 2013, S. 218, 223.

⁷ Joachim Bischoff/Thomas Händel/Björn Radke/Axel Troost/Harald Wolf: Rückkehr zur Drachme ist keine Lösung, www.neues-deutschland.de/rubrik/debatte.

⁸ Vgl. den Überblick bei Andreas Nölke (s.o.) sowie die grundsätzliche Argumentation von Martin Höpner (2015): Europa neu begründen: Weder Austerität noch Abwertung? www.kolleg-postwachstum.de/Veroeffentlichungen/Vortraege+_+Berichte/Berichte/Workshop+zu+Griechenland+und+der+Europaischen+Union.html.

Steffen Lehndorff (Hrsg.)

Spaltende Integration

Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa –
revisited. Zehn Länderstudien

350 Seiten | € 24.80

ISBN 978-3-89965-574-2

Seit über inzwischen acht Jahren steckt Europa im Krisenmodus – trotz Rettungsschirmen und Stützungsprogrammen, dicken Berthas, EZB-Staatsanleihenkäufen und Bankenfinanzierung. In Griechenland ist die Jugendarbeitslosigkeit auf über 60%, in Spanien auf über 55% und in Portugal und Italien auf über 40% angestiegen – in nur zwei Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegt die Quote unter 10%. Bittere Perspektiven: ein verlorenes Jahrzehnt und mehr noch eine »lost generation«.

Die Entwicklung in Europa führt vor Augen, welche verheerenden Auswirkungen der auch nach den Bundestagswahlen in Deutschland anhaltende Triumph krachend gescheiterter neoliberaler Ideen hat. Und wie schwer es ist, aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenmodus herauszukommen, wenn Sparpolitik mit Verfassungsrang festgeschrieben ist. Mehr noch, wenn eine über alle Staaten gestülpte Fiskaldiktatur etabliert worden ist.

In zehn Länderkapiteln wird gezeigt, wie verschiedene Sozialmodelle im Krisenprozess verändert werden und auf welcher verhängnisvollen Weise Fehlentwicklungen in den Ländern durch rabiate Austeritätspolitik und den Umbau der industriellen Beziehungen, Arbeitsmärkte und Sozialsysteme noch verstärkt werden. So kommt ein sich wechselseitig verstärkender Prozess zustande, in dem Europa immer weiter auseinanderdriftet.

Die Besonderheit dieses Buchs liegt in der Verbindung von profunden Länderstudien mit Querschnittsanalysen, in denen die Krisenpolitik der EU und deren Konsequenzen für gewerkschaftliches Handeln herausgearbeitet werden.

Der 2012 erschienene Vorgängerband war nach einem Jahr vergriffen. Die AutorInnen haben sich für eine grundlegende Aktualisierung und Erweiterung entschieden.

VSA: Verlag Hamburg

St. Georgs Kirchhof 6 | 20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-30 | Fax 040/28 09 52 77-50

www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/europa-vor-einem-verlorenen-jahrzehnt/

Steffen Lehndorff (Hrsg.)



Spaltende Integration

Der **Triumph gescheiterter Ideen**
in Europa – revisited
Zehn Länderstudien

VSA

Kurztext

Die europäische Krise mit Blick auf Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Österreich, Schweden, Spanien und Ungarn. Analysen zu Austeritätspolitik, Deregulierung und gewerkschaftlichen Handlungsperspektiven.

Der Herausgeber

Steffen Lehndorff ist Forscher am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.



Politik / Europa

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

